Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2702**

16. Wahlperiode 21. 09. 2006

Antrag

der Abgeordneten Patrick Meinhardt, Cornelia Pieper, Uwe Barth, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Offensive Weiterbildung – Weiterbildung als 4. Säule des Bildungswesens ernst nehmen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In ihrem Bericht „Bildung auf einen Blick 2006“ hebt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, dass es über den Zusammenhang zwischen öffentlichem und privatem Wohlstand und Bildung keine Zweifel gibt. Nach Einschätzung der OECD ist die Anwendung von Wissen und Fähigkeiten zum Kern des Wirtschaftswachstums geworden. In wichtigen Bildungsbereichen ist Deutschland zurückgefallen bzw. nimmt nicht den Platz ein, der für eine nachhaltige Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstandes erforderlich wäre. Dies betrifft auch den Bereich der Weiterbildung. Deutschland liegt bei der Stundenzahl beruflicher Weiterbildung gerade mal im Mittelfeld der OECD-Staaten. Die Teilnahmequote an Fort- und Weiterbildung unterschreitet mit 12 Prozent sogar erheblich den OECD-Mittelwert von 18 Prozent. Auch die Tendenz ist negativ: Im Höhepunkt, dem Jahr 1997, war die Teilnahmequote doppelt bis dreimal so hoch wie 1979. Seit 1997 ist ein stetiger Rückgang zu beobachten, obwohl die Bedeutung des lebenslangen Lernens stetig wächst. Insbesondere ist die Weiterbildungsbeteiligung Älterer und relativ schlecht Ausgebildeter auch im internationalen Vergleich viel zu gering.

Aus zwei Gründen war innerhalb des Bildungswesens die Weiterbildung zu keiner Zeit wichtiger als heute:

Einerseits hat sich durch die Erweiterung der Europäischen Union, die voranschreitende Öffnung der Weltmärkte, verbunden mit dem großen Menschen- und Bildungspotenzial wirtschaftlich stark wachsender Staaten wie z. B. China,

Indien und Brasilien, und die global zugänglichen Informationsnetze die internationale Wettbewerbssituation dramatisch verschärft. Dieser Wettbewerb ist zum wesentlichen Teil ein Wettbewerb der Ideen und der Fähigkeiten zu ihrer Umsetzung geworden. „Ausgelernt“ gibt es daher heute in keinem Beruf mehr. Der Europäische Rat hat im März 2000 auf dem Gipfel in Lissabon daher u. a. das lebenslange Lernen und die Anpassung des Bildungssystems an die Anforderungen des lebenslangen Lernens als strategische Schwerpunkte definiert. Der Deutsche Bundestag unterstreicht diese Einschätzung noch einmal ausdrücklich.

Andererseits ergibt sich gerade in Deutschland ein erheblicher Bedarf an Weiterbildung durch die demografische Situation. Bereits 2030 wird der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung mehr als 40 Prozent betragen. Der Anteil jüngerer Fachkräfte in der Wirtschaft wird sich dramatisch zugunsten der Älteren verschieben. Schon daran wird deutlich, dass diese Entwicklung das Bildungssystem vor eine gewaltige Herausforderung stellt und der Stellenwert von Weiterbildung massiv aufgewertet werden muss.

Verschärft wird die Lage durch die längerfristigen Folgen der Schwächen des Schulsystems, die erst langsam behoben werden können:

2020 werden sich diejenigen Menschen im produktivsten Teil ihres Erwachsenenalters befinden, die jetzt zwischen 10 und 35 Jahre alt sind. Viele dieser Menschen haben aber als Jugendliche eine Bildung bekommen, die bereits heute hinter den Anforderungen der Wirtschaft erheblich zurückbleibt. Nach wie vor ist es nicht gelungen, den mit 20 bis 25 Prozent eines Jahrgangs viel zu großen Anteil der jugendlichen Schulabgänger, die keine oder eine viel zu geringe Ausbildungsreife besitzen, nachhaltig zu senken. Diese Menschen verdienen eine zweite Chance. In der großen Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen dieser Gruppe gibt es ein großes Potenzial an Bildungsfähigkeit. Dieses Potenzial muss aus Verantwortung gegenüber dem Einzelnen aber auch im Interesse unserer Gesellschaft entwickelt werden. Dazu ist ein Netzwerk nachholender Weiterbildung, vernetzt mit betriebsnaher Ausbildung, der geeignete Weg. Dabei stellen sich pädagogisch besonders anspruchsvolle Aufgaben.

Kontinuierliche Erwachsenenbildung ist zur Absicherung der Funktionsfähigkeit der freiheitlichen demokratischen Gesellschaft aber nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die Möglichkeiten demokratischer Teilhabe nötig. Somit geht es nicht nur um die berufsbegleitende Weiterbildung oder zusätzliche bzw. nachgeholte Ausbildungen, sondern auch um allgemeine und politische Bildung.

Weiterbildung kann nur erfolgreich sein, wenn sie auf ein aktives Mitwirken der Betroffenen stößt. Die Akzeptanz der Weiterbildung und ihr Stellenwert in der Bevölkerung sind demzufolge von großer Bedeutung auch für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung.

Die finanzielle Situation der Weiterbildungsträger in Deutschland hat sich in den letzten Jahren außerordentlich kritisch entwickelt. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die Finanzierung insbesondere der geförderten beruflichen Weiterbildung in den letzten Jahren dramatisch gesunken ist, ohne dass neue Finanzierungsinstrumente entwickelt worden wären. Die schnelle Entwicklung neuer Instrumente wie z. B. Bildungssparen, gesetzlich abgesicherte Lernzeitkonten im Rahmen von Tarifvereinbarungen oder durch freiwillige Zusatzversicherungen ausgegebene Bildungsgutscheine ist daher überfällig. Über die Möglichkeiten, berufliche Weiterbildung auch durch einen sozial verträglichen Eigenanteil an den Kosten und nachlaufend zu tilgende Bildungsdarlehen mitzufinanzieren, muss ebenfalls nachgedacht werden.

Geförderte Maßnahmen sind nach der Qualität und nicht in erster Linie nach dem Preis zu vergeben. Sie sind auf einem „Markt für Weiterbildung“ anzubieten,

der offen für alle Unternehmen sein muss, ohne Privilegien für gewerkschaftsnahe oder den Arbeitgeberverbänden zuzuordnende Weiterbildungsfirmen.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht die im Abschlussbericht des Programms der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) „Lebenslanges Lernen“ festgestellte Notwendigkeit einer „bildungsbereichsübergreifenden Vernetzung“ und stimmt mit der dort erhobenen Forderung, Reformanstöße zu leisten, „die auf die gesamte Bildungslandschaft zurückwirken, um notwendige Veränderungen unter der Perspektive einer größeren Durchlässigkeit, besserer Zusammenarbeit und besserer Bildungsverschränkung zwischen den verschiedenen Aus- und Weiterbildungsphasen zu erreichen“, ausdrücklich überein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. für die Weiterbildung der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und insbesondere der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit eines begünstigten Bildungssparens schnell zu schaffen und umzusetzen,
2. die Bildungskredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe auch für berufliche Weiterbildung und Sekundärausbildungen zu ermöglichen,
3. die Möglichkeiten einer sozial verträglichen, ggf. „nachlaufenden“ Eigenbeteiligung bei Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern zu prüfen,
4. bei den Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit zu erreichen, dass Kontinuitäts- und Qualitätsaspekte der Maßnahmen das erforderliche hohe Gewicht bekommen und die bürokratische Belastung der Anbieter so gering wie möglich gehalten wird,
5. über das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine Kampagne für Weiterbildung in Deutschland in Gang zu setzen,
6. die nachholende Weiterbildung junger Erwachsener mit betrieblicher Ausbildung zu vernetzen,
7. die Zusammenarbeit der regionalen Agenturen für Arbeit insbesondere mit den Haupt-, Gesamt-, Real- und Sekundarschulen zu verbessern und insbesondere für entsprechend qualifizierte Berater bei den Agenturen Sorge zu tragen,
8. die Weiterbildungsforschung insbesondere im Hinblick auf die Wirksamkeit der Maßnahmen, die Übergänge und Möglichkeiten der Modularisierung zu verstärken,
9. die Konsequenzen aus dem BLK-Modellversuchsprogramm „Lebenslanges Lernen“ so zu ziehen, dass die im Abschlussbericht als entscheidend herausgearbeiteten „bildungsbereichsübergreifenden Reformanstöße“ in gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen weitergeführt werden,
10. insbesondere der Empfehlung des Abschlussberichts des BLK-Programms dergestalt zu folgen, dass eine größere Durchlässigkeit, bessere Zusammenarbeit und bessere Bildungsverschränkungen zwischen den verschiedenen Aus- und Weiterbildungsphasen erreicht wird.

Berlin, den 19. September 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333